

Stadt mit Schildern „Parken nur für Pkw“ toll gelöst. Jetzt ist alles in Ordnung.

**Margarete Wieneke**

## A-ha-Erlebnis

**Post.** Zum Thema Portoerhöhung der Post: Vor ein paar Tagen bekamen wir eine Karte von der Ostsee, die zehn Tage unterwegs war. Grund: Der Anfangsbuchstabe ‚A‘ unserer Straße war klein geschrieben. Dieses konnte die Maschine im Briefzentrum wohl nicht lesen. Können die Handverteiler der Bochumer Post etwa kein kleines ‚a‘ lesen? Arme Post!

**B. König**

Am Langen Seil 134

# Mehr Bürgerbeteiligung bei City-Planung gefordert

Piratenpartei hatte zur Diskussionsrunde eingeladen. Teilnehmer wünschen sich mehr Mitarbeit

Lutz Tomala

Was tun mit dem Viktoriaquartier? Und vor allem: Wie kann man die Bürger an der Planung beteiligen? Das sind die Fragen, die die Bochumer Piraten angehen wollen. Dazu luden sie zur Podiumsdiskussion – Rund 30 Interessierte folgten dem Ruf.

Einen kleinen Überblick über den Stand der Dinge gab Planungsamtsleiter Eckart Kröck: „Es geht um das



**Monika Pieper, Piratenpartei.**

Gelände Landgericht/Telekomblock“, erklärte er, die ECE-Immobilien-Firma besitze einen Teil des Grundstückes, der Rest gehöre dem Land. „Die Immobiliengesellschaft plant ein Einkaufszentrum, wir bevorzugen eine gemischte Nutzung mit Dienstleistung und Wohnen.“ Nun ginge es darum, mit dem Land eine Ausschreibung auszuhandeln, die es der Stadt erlaubt entsprechend zu handeln.

Genau da setzte die Diskussion ein. „Bisherige Instrumente der Bürgerbeteiligung sind wertvoll, aber nicht hinreichend“, fand Philipp Jüttner, vom Verein „Mehr Demokratie“. Er lieferte auch gleich Beispiele: „Der Kölner Bürgerhaushalt hat sehr schön gezeigt, wie transparent Entscheidungsfindung sein kann“, zählte er auf, „und in Medebach hat ein Ratsbürgerentscheid eine vorige Diskussion befriedet“.

Monika Pieper, die Politische Geschäftsführerin der Piraten im Land-

tag hatte ebenfalls konkrete Ideen: „Wir müssen ins Internet“, forderte sie. Eine Info-Plattform, wo Vorschläge gemacht und abgestimmt werden können, schwebte ihr vor.

Interessierte müssten schon vor der Planung einbezogen werden, forderte ein Zuhörer, „ich will nicht angehört werden und nur meckern dürfen, sondern mitarbeiten und planen“. Kröck stimmte zu: „Die Instrumente der Bürgerbeteiligung lassen nur Projekt-bezogene Diskussionen zu, keine strategischen“.